

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraph-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Gesprächsstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 58.

Sonnabend, 11. März 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Postamt. Postanhalter 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Maut für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewicht.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Das Weihen sämtlicher Wohn- und der dazu gehörigen anderen Räume im Kasernement der reitenden Abtheilung, sowie das dabei nothwendig werdende Ausbessern der defekten Wand- und Gemüntsbodenstellen, wie auch das Schwärzen der eisernen Däfen derselbst, soll im Accord vergeben werden. Offerten sind an den Unterzeichneten versiegelt und mit der Aufschrift „Weihen des Kasernements betreffend“ bis zum 15. dieses Monats Mittags abzugeben.

Auskunft ertheilt Herr Kaserneninspector Kretschmer.

Riesa, den 4. März 1893.

Der Vorsitzende des städtischen Bauausschusses.

F. A. Grundmann, Stadtrath.

im Geschäftszimmer der unterzeichneten Verwaltung vorher einsehen und ihre Angebote versiegeln und gedehnfrei bis 17. März 1893 Vormittags 10 Uhr dahin einseufen.
Riesa, am 10. März 1893.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Führen-Verdingung.

Die Anfuhr von ungefähr 275 000 kg Steinkohlen für die Zeit vom 1. April 1893 b/m. 31. März 1894 soll öffentlich verdingt werden. Bewerber wollen die Bedingungen

Bekanntmachung,

die Anmeldung zur Schulaufnahme in Weida betr.

Die Eltern der Ostern 1893 schulpflichtig werdenden Kinder werden hiermit aufgefordert, zu deren Anmeldung sich

Sonnabend, den 18. März 1893, nachmittags 1 Uhr

im Schulhaus zu Weida einzufinden. Beizubringen ist der Impfchein, für auswärts geborene Kinder auch das Taufzeugnis und die Geburtsurkunde.

Weida bei Riesa, am 8. März 1893.

Der Ortschulinspector.

Diet. Burkhardt.

Tagesgeschichte.

Die erste Lesung der Militärvorlage hat gestern in der Commission mit der Ablehnung der Vorlage und außer dazu gestellten Anträgen endigt und es bleibt nun abzuwarten, ob die Zerschafftheit der Parteien bei der am 16. & 17. März beginnenden zweiten Lesung dieselbe sein wird. Bemerkenswert ist, daß der Reichstag zwar die Beibehaltung der bisherigen Präsenzziffer für ganz unannehmbar erklärte, dagegen sein Entgegenkommen gegen andere Vorschläge, die das Ziel der Regierung erreichen lassen, beonten. Die „Nord. Allg. Zeit.“ behandelt in einem Artikel „Kein Angebot“ die bisherigen „Bürgeständnisse“ und sagt darüber:

„Was heißt es, wenn man sagt: Begnügt Euch mit der jüngsten Friedenspräsenzstärke und erhöht den Beurlaubtenstand, indem Ihr die zweijährige Dienstzeit pure annehmt? Gewiß, der Beurlaubtenstand wird erhöht, wenn man die zweijährige Dienstzeit pure annimmt, noch mehr, wenn man die einjährige annimmt, und wir erkennen bereitwillig an, daß, wenn man einmal diesen Wert unseres Heeres allmählich auf das Niveau einer Armee herabdrückenden Weg beschritten, Herr Bebel der Consequenterste war, indem er die Vermeidung der Streiter auf — wenn wir nicht irren — 8 Millionen forderte und diese Zahl durch immer weitere Verkürzung der Dienstzeit und Vermehrung der Recruten erreichen wollte. Das aber wäre ein dem, was die verbündeten Regierungen bezwecken, diametral entgegengesetzter Weg. Es geht in der Politik und im Heerwesen Dinge, die nicht geschehen können, weil sie unmöglich sind. Dahin gehört eine Herabdrückung des inneren Wertes des deutschen Heeres auf ein Niveau, das nicht über, sondern unter dem der Armeen unserer Nachbarn läge, während es doch andererseits zweifellos ist, daß in dem nächsten Kriege dem deutschen Heere die schwersten Ausgaben zufallen werden. Was soll es heißen, wenn man gegenüber dem Urtheil unserer erfahrenen Generale, der Männer, die fünfzig unserer Heerführer sein werden, mit philosophischer Gleichgültigkeit ausspricht: Wir geben Euch die Mittel nicht, die Armee so auszubilden, zu formiren, zu gebrauchen, wie Ihr es uns als nötig schildert, aber wir erwarten, daß Ihr siegen, den Feind von unserem Boden fern halten werdet! Und wenn man nun jene Politiker fragte: Wie soll dies denn gemacht werden, so erhält man die Antwort: Da sehet Ihr zu. Was denn nun, wenn unsere gegehenen Heerführer erklärt, solche Verantwortung übernehmen wir nicht, wir nehmen lieber im nächsten Kriege das Gewehr in die Hand, als daß wir unsere Ehre an unmöglichen Aufgaben aufs Spiel setzen? Ist Herr Eugen Richter geneigt, das Kommando zu übernehmen, oder Feldherren, die mit geringeren Mitteln auszukommen vermöchten, zu stellen? Eine solche Schädigung unserer Wehrkraft, wie sie in jenem, die Festhaltung der Friedenspräsenzstärke fordernden sogenannten „Angebot“ liegt, kann das deutsche Volk nicht wollen, können die verbündeten Regierungen nicht annehmen. Sie wollen dem Volke die Erleichterungen bieten, die möglich sind: Die Verkürzung der Dienstzeit, die Schonung älterer Jahrgänge im Kriege, die Gleichheit der Pflicht — aber sie können niemals darin willigen, das deutsche Heer zu ruinieren. Lieber Rückkehr zur vollen dreijährigen Dienstzeit, wenn der gegenwärtige Zustand der verhümmelten Dienstzeit sich als unhalbar herausstellt, als jenes „Angebot“. Was hat alles Addiren und Subtrahiren von russischen,

französischen und Dreibunds-Zahlen für einen Werth, wenn diejenigen Männer, deren Beruf es ist, den künftigen Krieg vorzubereiten und welche über Beweismaterial verfügen, wie kein Anderer, erklären, wir sind zu schwach, wir müssen verstärken, verjüngen, verbessern? Warum sollen diese Männer weniger Glauben verdienen als ihre Vorgänger? Der hochselige Kaiser Wilhelm, die Generale Roon und Moltke hatten auch noch nicht die Erfolge hinter sich, als sie 1861 eine Vermehrung der Armee forderten, und die Gründe, die man ihnen damals entgegenhielt, gleichen denen der jetzigen Opposition wie ein Eis dem anderen. Auch jetzt ist die Verstärkung der Wehrkraft das Ziel der verbündeten Regierungen, und sie müssen, außer den Ausgleichsmäßregeln für die zweijährige Dienstzeit, Neuformierung bei allen Waffen fordern, vor Allem, um unsere Reserve- (Landwehr-) Divisionen so zu verjüngen und zu stärken, daß sie in vorderster Linie wenige Tage nach der Mosilmachung als vollvertrieblich auftreten können. Was gibt uns das Angebot Richter. Lieber hierfür? Richter. Es ist tief zu beklagen, daß Fragen, bei denen es sich um das Dasein Deutschlands handelt, um die Freude am Vaterlande, um den ruhigen und, jenseit des menschlich möglichen, gesicherten Betrieb jeglichen Gewerbes — als Parteischäfe aufgefaßt werden können. Das sind sie nun und nimmermehr. Wölfe morgen eine Regierung der jetzigen folgen, welche irgend einer anderen Partei — wir nehmen die Sozialdemokratie allein aus — angehört, sie würde nicht im Stande sein, den Weg zu beschreiten, der in jenem sogenannten „Angebot“ liegt. Noch ist Niemand aufgetreten, der der Regierung gezeigt hätte, wie das Ziel, das sie sich gesetzt hat, besser und zugleich billiger zu erreichen wäre, als durch ihre Vorlage; man hat ihr die Anerkennung auch von gegnerischer Seite nicht versagen können, daß ihr Project gut durchdacht und durchgearbeitet sei; man hat ihr Besseres nicht entgegenstellen können. Die Regierung hat ihre Vereinlichkeit gezeigt, Vorschläge, sofern sie nur eine Stärkung unserer Wehrkraft anstreben, sie mögen kommen, wobei sie wollen, gewissenhaft zu prüfen; sie hat, wo sie von befusener Seite gefragt wurde, willig Rede und Antwort gestanden. Ein Vorschlag aber, der wie der Richter-Vieber-Ide nach der auf die einstimmige Ansicht unserer militärischen Autoritäten geführten Überzeugung der verbündeten Regierungen eine dem, was diese bezwecken, entgegengesetzte Wirkung haben müßte, ist und bleibt für uns unverständlich, er verlangt Unmögliches.“

Deutsches Reich. Der Geheime Regierungsrath Guenther aus der Reichskanzlei hat sich, wie die „B. Pol. Nachr.“ mittheilen, in besonderem Auftrage nach Dessau begaben. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß die erfolgten Erklärungen des anhaltischen Ministers von Kossig im Vordrage des Herzogthums gegen die Handelspolitik des Reiches den Anlaß zu dieser Sendung gegeben haben.

Die „Hamburger Börsenballe“ meldet aus Hamburg, sie habe infolge der an der heutigen Börse wiederholt aufgetretenen Gerüchte über neue choleraverdächtige Erkrankungen bei der Choleracommission des Senats Erkundigungen eingezogen, aber die Auskunft erhalten, daß kein verdächtiger Fall gemeldet worden sei. Fast täglich lämen Evakuierungen nach der Quarantänestation in der Concordia vor. Beispielsweise sei vorgestern noch eine Anzahl in Schmiede kommener Bagabunden zur Reinigung nach der Concordia

gebracht worden, in keinem Fall aber sei Choleraverdacht der Grund gewesen.

Im Saarrevier ermittelte die Sozialdemokratie jetzt zahlreiche Absagebriefe. Es herrscht dort vielfach geradezu Erbitterung gegen die Agitation der sozialdemokratischen Führer, die viele Hunderte ins Unglück gestürzt haben. So haben in Merchweiler 97 Bergleute ihre gegnerische Gesinnung dadurch befunden, daß sie dem Vorstande des Metallvereins mittelst eingeschriebenen Briefes ihren Austritt aus dem Verein anzeigen, und der Consumverein zu Merchweiler sah in seiner jüngsten Generalversammlung folgende bemerkenswerte Beschlüsse: 1) Die Mitglieder haben sich von sozialdemokratischen Tendenzen fernzuhalten. 2) Sozialdemokratische Blätter, z. B. „Schlägel und Eisen“, „Walter Jacob“, „Bote von Edar“, „Vorwärts“, dürfen von Mitgliedern des Vereins nicht gelesen werden. 3) Über die vorgesetzte Behörde oder die Herren Geistlichen darf nicht gepronostiziert werden. Diejenigen Mitglieder, welche sich Derartiges zu Schulden kommen lassen, werden aus dem Vereine ausgeschlossen.“ Auf dem Bildstock sollen die eingeschriebenen Abmeldebriefe in solcher Anzahl eingelaufen sein, daß die Briefträger sie kaum zu bewältigen vermöchten.

Wie wir bereits mittheilten, constatierte in der Fraktionsversammlung der freisinnigen Partei am Mittwoch über die Militärvorlage am Schlus der Verhandlungen der Vorsitzende, daß nach dem Gesamteinindruck der gesprochenen Verhandlungen kein Zweifel darüber bestehen könne, daß die Fraktion auf demselben Standpunkt steht, wie vor der ersten Beratung der Militärvorlage im Plenum. Auch wurden zwischen den Mitgliedern der Militäkkommission Erläuterungen gewechselt, welche einen übereinstimmenden Gang der Verhandlungen in der Kommission sichern. Die „Nord. Allg. Zeit.“ bemerkt hierzu: „Das bei deutschfreisinnigen Kommissionen stattfindende Fraktions-Mitgliedern etwa vorhandene Sachverständnis wird also in Zukunft zu schwächen haben. Da aber das Verl. Tgl.“ berichtet, die Debatte habe etwa drei Stunden gedauert, so muß doch wohl der „Fall“ sehr schwierig gelegen haben. In der schon an anderer Stelle erwähnten Berliner Korrespondenz der „Bresl. Zeit.“, welche zu Gunsten des Richterischen Standpunktes Herrn Hinze ankämpfte, war auch davon die Rede, es werde sich Niemand über das Verhalten des Herrn Hinze mehr wundern, als die freisinnigen Wähler, denn „es gebe heute in Deutschland kaum einen freisinnigen Verein von irgend einer Bedeutung, der nicht eine Resolution gegen die Militärvorlage an den Reichstag gesandt habe.“ Dazu bemerkt recht boshaft die „Kon.corr.“: „Bei unserem Bedauern müssen wir den größten Theil der freisinnigen Vereine als ungehoriam „denunzieren“. Wie die uns vorliegenden neun Petitionsverzeichnisse ergeben, sind im Ganzen sechzehnzwanzig freisinnige Resolutionen gegen die Militärvorlage eingegangen, darunter allein sechs aus Berlin, so daß aus dem ganzen Reiche nur (einschließlich der aus Süddeutschland von der demokratischen Partei veranlaßten vier oder fünf Resolutionen) 20 freisinnige Vereine die ihnen von der Zentralleitung auferlegte Schuldigkeit gethan haben.“

Nach Meldungen aus Arnsberg wird die Landesregierung trotz ihrer Verwerfung durch die Zentralleitung nicht nur aufrechterhalten werden, sondern es ist auf alle Ansicht vorhanden, daß Herr Zusangel gewählt wird. Durch die unvorsichtige Erklärung der Zentralführerin wäre